

# Es ist nicht leicht, alle unter einen Hut zu bringen

**NEU-ANSPACH** Am kommenden Montag startet der Schulbetrieb an der Adolf-Reichwein-Schule für fast alle Schüler

Die Abiturienten sind durch, jetzt sind die neunten und zehnten Klassen dran, und am 18. Mai soll der Schulbetrieb für alle wieder losgehen. Und wenn es alle sind, dann allerdings nicht alle auf einmal. Ein Schulleiter hat es im Moment nicht leicht, „alle“ unter einen Hut zu bringen, Lehrer, Eltern und allen voran die Schüler.

Dennoch, der Schulleiter der Adolf-Reichwein-Schule, Dirk Schulz, strahlt nach allen Seiten Gelassenheit aus: „Die Homepage ist zurzeit das wichtigste Medium, um mit den Eltern zu kommunizieren.“ Und in der Tat, die Website enthält praktisch alle Informationen, und die sind auf dem letzten Stand. Ministererlasse zur Sache und Elternbriefe, was relevant ist kommt unter „Neuigkeiten“.

## Abstände können gewahrt werden

Die vorgeschriebenen Hygieneregeln einzuhalten, funktioniert auch beim gegenwärtigen Schulbesuch. Denn am 27. April wurde die Schule bereits wieder für die Abschlussklassen geöffnet, und jeder Schüler mit einem Hygiene-Kit ausgestattet, inklusive Schutzmaske, die zu tragen an der Schule Pflicht ist. Die Prüfungsjahrgänge kommen spätestens am

25. Mai ins Schwitzen, dann beginnen die Prüfungen, auf die sie gerade vorbereitet werden. Das übernehmen die Fachlehrer, und zwar mit kleinen Schülergruppen, so der Schulleiter. Und bei den Prüfungen selbst sind ausreichende Aufpasser da, und nicht nur, um die Hygieneregeln einzuhalten. Zusammen seien es rund 180 Schüler, die an den Prüfungen teilnehmen, so Schulz, aber Schule und Räume seien groß genug, um die Abstände wahren zu können.

In der Pressemitteilung des Hessischen Kultusministeriums vom 5. Mai heißt es: „Ab dem 18. Mai soll es in eingeschränktem Umfang wieder Präsenzunterricht geben.“ Der genaue Wortlaut ist auf der Homepage der Schule nachzulesen.

Am nächsten Tag informiert der Schulleiter bereits an gleicher Stelle: „Zum heutigen Zeitpunkt kann ich Ihnen leider noch nichts Genaues sagen. Nach den Plänen des Hessischen Kultusministeriums soll – soweit es die weitere Entwicklung der Pandemie zulässt –, ab dem 18. Mai der Unterricht vor Ort ermöglicht werden.“ Weitere informiert der Schulleiter vorab: „Es wird sicher kein Schulbetrieb nach dem Stundenplan sein, wie er vor der Schulschließung bestand“.

Zur Stunde ist man schon weiter, aber an dem Stundenplan werde derzeit noch gearbeitet, und dann würden als erstes die Eltern informiert. Per Elternbrief, wie es seit langer Zeit an der ARS praktiziert wird und im März mit dem ersten Corona-Elternbrief losging.

Eine Verzahnung von digitalem Lernen und Präsenzunterricht ist eine Option, um alle Möglichkeiten zu nutzen. Mit Videopräsenz weiß der Schulleiter auch umzugehen, was er mit der Videobotschaft vor der Schulöffnung für die Abschlussklassen gezeigt hat.

## Abi ohne Ball ist zu erwarten

Sind alle Prüfungen geschafft, stehen den Absolventen normalerweise die Abschlussfeiern bevor mit Ausgabe der Zeugnisse. Aber um große Feiern steht es in diesem Jahr ebenfalls schlecht. Ein Abi ohne Abiball, für viele sicher eine Horrorvorstellung.

Die Sommerferien warten auf die verbleibenden Schüler, noch sieben Wochen, dann ist ab dem 6. Juli wieder für 40 Tage frei, und das obwohl sich doch so viele nach Home Schooling so auf die echte Schule gefreut hatten. Am 14. August beginnt das neue Schuljahr, das hoffentlich unter



Schulleiter Dirk Schulz ist derzeit auch Krisenmanager an der Adolf-Reichwein-Schule.

FOTO: ANJA PETER

einem anderen Stern steht als Corona. Auf ein Angebot weist Schulleiter Schulz noch hin: In

der Krise gibt es angesiedelt beim zuständigen Schulteam in Friedberg eine schulpädagogische Be-

ratungsstelle, die Eltern und Schüler zur Seite steht, wenn die Corona-Krise zu individuellen

Problemen geführt hat. Kontakt ist über die Website möglich.

FRANK SALTENBERGER

## Grüne: Über die Köpfe der Eltern hinweg

**NEU-ANSPACH** Kinderbetreuung ist keine Privatsache, sondern Daseinsvorsorge

Die Grünen in der Stadtverordnetenversammlung haben sich Gedanken über die Anpassungen der Kita-Nutzung und der Kita-Gebühren gemacht, die im Zuge der Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes 2020 von der Verwaltung als Konsolidierungsvorschläge des Haushalts eingebracht wurden. „Gleich mehrere Vorschläge betreffen die Kinderbetreuung“, sagte die Fraktionsvorsitzende Regina Schirmer.

„Hier wurden etwa Vorstellungen unterbreitet, die langfristig gravierende Auswirkungen auf die Kinderbetreuung in Neu-Anspach haben würden. Entsetzt waren wir, als wir auf Nachfrage beim Stadtelternbeirat erfahren mussten, dass dieser bis dahin nichts von den Vorschlägen wusste und – entgegen allgemeiner Beschlusslage – in keiner Weise einbezogen, nicht einmal informiert

worden war. Soviel zu Transparenz und Bürgernähe.“ Vor allem die Idee, Vollzeitbetreuung nur auf nachgewiesenen Bedarf zur Verfügung zu stellen, müsse man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Petra Gerstenberg, Mitglied im Sozialausschuss stellt dazu einige Fragen: „Was soll das bedeuten? Wer hat denn einen Bedarf? Wer darf sein Kind noch in die Vollzeitbetreuung geben? Nur noch Eltern/Alleinerziehende, die Vollzeit arbeiten gehen? Was ist mit Teilzeitbeschäftigten im Schichtdienst? Was ist mit Eltern, die Angehörige pflegen?“

## Rückfall in Altherrenpolitik

Für die Grünen gehöre die Kinderbetreuung zur Daseinsvorsorge, sie sei nicht nur Privatsache.

Im Übrigen bestehe ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Die Partei wolle nicht, dass die Frauen wieder zu Hause bleiben müssten und später im Rentenalter auf Unterstützung angewiesen seien. „Diese Altherrenpolitik ist mit uns nicht zu machen. Es muss den Eltern überlassen bleiben, welche Betreuung sie für ihre Kinder wählen“, sagt Schirmer.

Es gehe niemandem etwas an, aus welchen Gründen Eltern eine bestimmte Form der Kinderbetreuung wählen. Ob und wenn diese Vorgehensweise mehr als verärgert gewesen sei, sei klar. „Einstimmige Beschlusslage ist, dass der Arbeitskreis Kitas (bestehend aus Verwaltung, Politik, Vertretern der Kitas, Er-

ziehern und Stadtelternbeirat) gemeinsam über ein neues Kinderbetriebsstättenkonzept und eventuelle weitere künftige Anpassungen bei der Kita-Nutzung und den Kita-Gebühren beraten soll.“

Ohne Einbeziehung der Eltern sei zu diesem Thema keine weitere Diskussion und schon gar kein Beschluss möglich. Zumindest nicht von der Seite der Grünen. Die Fraktionsvorsitzende: „Es muss hier einmal klipp und klar die Frage beantwortet werden, was wir in Zukunft für Neu-Anspach wollen. Wollen wir nach wie vor die junge Stadt zum Leben bleiben? Wollen wir nach wie vor attraktiv für alle, gerade aber auch für junge Familien bleiben? Wollen wir Neubaugebiete für junge Familien erschließen? Wenn ja, dann dürfen wir keine Rückschritte in Richtung Frauen zurück an den Herd machen.“

Solle wirklich alles, was in den vergangenen 20 Jahren an positiven Veränderungen in Sachen Kinderbetreuung in Neu-Anspach erreicht worden sei, wieder zunichte gemacht werden? Es munde schon sehr merkwürdig an, dass überall von einem Ausbau der Kinderbetreuung gesprochen werde, und „bei uns eine quantitative und qualitative gute Kinderbetreuung verschlechtert werden soll“.

## Gefährliche Rückentwicklung

Gerade erst habe das Land Hessen einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes vorgelegt, mit dem auf den Wandel der Lebenswelt in den hessischen Kitas reagiert werde. „Es soll rund eine Milliarde Euro in die Kinderbetreuung investiert werden, von

denen Kinder, Eltern, Erzieher und die Kommunen profitieren sollen.“

Mit diesem Geld sollten unter anderem die Grundpauschalen pro Kind erhöht werden und die Finanzierung einer Freistellung der Kita-Leitung von zwanzig Prozent, damit diese Zeit für Leitungsaufgaben wie Konzeptentwicklung, Elternberatung und Personalentwicklung habe. Zusätzlich sehen die Grünen im Moment – bedingt durch Corona – eine gefährliche Rückentwicklung der Geschlechterrollen zu Lasten der Frauen.

Sie seien es in der Regel, die jetzt Home Office, Home Schooling, Home Sitting, Haushalt, Einkauf und gegebenenfalls auch noch die Betreuung älterer Familienangehöriger übernehmen müssten. Auch seien es vorwiegend Frauen, die in den systemre-

levanten Berufen (Kranken- und Altenpflege, Kinderbetreuung) arbeiteten oder in sogenannten Mini-Jobs nun auf der Strecke bleiben würden.

Cornelia Scheer, Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss, ergänzte: „Im Übrigen muss auch einmal klargestellt werden, dass den Eltern nicht – wie immer wieder von einigen behauptet wird – hier mehr Vorteile als anderen Bürger eingeräumt werden.“ Die Eltern zahlten nämlich nicht nur immer wieder steigende Gebühren für die Betreuung ihrer Kinder, sondern seien auch bei allen anderen Erhöhungen wie jeder Grundsteuererhöhung mit von der Partie. „Zudem sind es die arbeitenden Eltern, die mit ihrer Einkommensteuer einen weiteren Anteil an den Einnahmen der Stadt beitragen.“

ANDREAS BURGER

## CDU legt Fragenkatalog vor und macht viele Vorschläge

**Neu-Anspach** – Die CDU-Fraktion hat einen Fragen- und Anregungskatalog für die Ausschusssitzung am 2. Juni vorbereitet. Beim Themenbereich Einsparpotentiale seien die im Haushaltsplan enthaltenen Investitionen zu überprüfen, ob sie in 2020 noch zu realisieren seien. Es wird um eine Auflistung der realistischen Investitionen gebeten, die durch die zuständigen Fachabteilungen zu begründen seien. „Diese Investitionen sind in den zuständigen Gremien auf Dringlichkeit hin zu hinterfragen“, sagte Ulrike Bolz.

Alle übrigen geplanten Investitionen würden gestrichen. Der

Betrag für überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, der allein durch den Magistrat entschieden werden könne, sei von 50000 auf 10000 Euro zu reduzieren.

„Die Öffnungszeiten des Bürgerbüros sollen angesichts der derzeitigen Lage und danach auch dauerhaft reduziert werden. So könnten die Früh- und die Spätöffnungszeiten auf jeweils halbtags fünf Stunden verkürzt werden, um Einsparungen zu bringen“, heißt es weiter. Darüber hinaus sei zu diskutieren, die Erstellung eines Nachtrags-Haushaltsplans unverzüglich in An-

griff zu nehmen, sollte der um die nachgeforderten Unterlagen ergänzte Haushaltsplan 2020 genehmigt werden.

Was den Themenbereich Kinderbetreuung betrifft, soll eruiert werden, welche tatsächlichen Bring- und Holzeiten es in den verschiedenen Kinderbetriebsstätten gibt und ob prinzipiell ein Platz bei einer Tagesmutter oder Kinderbetriebsstätten vorhanden ist. Zudem sollen die tatsächliche Anmeldungen im U3- und U3-Bereich vorgelegt werden.

„Die Erforderlichkeit der vollumfänglichen Öffnungszeiten in

allen städtischen Kinderbetriebsstätten ist zu prüfen. Es ist zu untersuchen, ob unterschiedliche Öffnungszeiten in den einzelnen Kitas angeboten werden können“, sagte Bolz.

So sei zu ermitteln, ob Kosteneinsparungen im Bereich Personaleinsatz, Betriebskosten und anderen Punkten möglich seien. Die Auswertung der Abfrage sowie Ausarbeitung eines Konzeptes sei im Arbeitskreis Kita gemeinsam mit den Kita-Leitungen aller Träger und dem Stadtelternbeirat zu diskutieren. Dabei müssten allen Mitgliedern des Arbeitskreises detaillierte Aufstel-

lungen der Aufwendungen und Erträge zur Verfügung stehen.

Bolz möchte auch geprüft haben, ob durch tageweise Buchbarkeit der Module Einsparpotenzial vorhanden ist. Und: „Ein etwaiger Ausbau des Tagesmütterangebots ist zu prüfen, dabei stellt die Stadt keine Räumlichkeiten zur Verfügung.“

Hier müsse die Verwaltung Kosteneinsparungen ermitteln und prüfen, ob die Angebotsvielfalt damit erhalten oder sogar verbessert werden könne. Zudem sei zu berücksichtigen, ob prinzipiell ein Platz bei einer Tagesmutter gewünscht sei.

## Förster bietet Sprechstunde an

**Neu-Anspach** – Gute Nachrichten gibt es aus dem Rathaus für alle, die mit dem Forst zu tun haben. Die wöchentliche Sprechstunde des Revierleiters Christoph Waehler findet ab sofort wieder statt. Jeden Mittwoch hat der Förster eine Sprechstunde in der Zeit von 15 bis 17 Uhr eingerichtet. Zu erreichen ist er im Raum Anspach des Rathauses. Um eine telefonische Terminvereinbarung unter (060 81) 1025-6015 oder mobil unter (0160) 98614678 wird gebeten. Bei den Terminen gelten weiterhin die Hygiene- und Abstandsregeln. tas

## Wehr hat bei 55 Einsätzen ihr Können gezeigt

**GRÄVENWIESBACH** Gemeindebrandinspektor legt Ende des Monats neuen Bedarfsplan vor

Die Jahreshauptversammlungen der Feuerwehren in Grävenwiesbach waren noch nicht in jedem Ortsteil abgehalten worden, als die Corona-Krise mächtig zuschlug und dem Gemeinschaftsgeist der Mitglieder einen Riegel vorschoß. Zurzeit ruhen der Dienst und alle Übungen. „Wir führen lediglich Wartungs- und Reparaturarbeiten durch“, berichtete Gemeindebrandinspektor (GBI) Peter Hess.

Aber glücklicherweise gab es ja ein Leben vor Corona. Im Jahr 2019 war es zu insgesamt 55 Einsätzen gekommen, darunter elf Brände. „Einsatztechnisch also eher ein ruhiges Jahr“, beschrieb es der GBI. Allerdings handelte es sich dabei um spezielle Einsätze. Denn Grävenwiesbach hatte immerhin mehrere Flächenbrände, darunter den größten seiner Geschichte zu verzeichnen. Und es gab oftmals mehrere Einsätze an einem Tag. Auf 145 Einsatzkräfte, darunter 16 Frauen, kann sich der Gemeindebrandinspektor verlassen. Jeder Standort ver-

fügt über eine Jugendwehr, weshalb derzeit 65 Mädchen und Jungen den Feuerwehrdienst erlernen.

## Neuer Alarmplan

Um die Digitalalarmierung endlich einführen zu können, sei ein neu aufgestellter Alarmplan nötig gewesen, teilte Pete Hess mit. Und weil es dazu auch neue Alarmstichwörter gibt, wurde das Ganze auch dahingehend modifiziert. Und sollte die Digitalalarmierung mal nicht funktionieren, dann können die Brandschützer auf eine Smartphone-Alarmierung zurückgreifen, die für alle Ortsteile flächendeckend installiert wurde.

Ende des vergangenen Jahres schaffte die Wehrführung 16 Sätze Flammenschutz-Kleidung an. Je nach Atemschutztauglichkeit wurde diese Spezialausrüstung an die Ortsteile verteilt. Im Frühjahr konnten dann weitere 16 Sätze dieser wichtigen Ausrüstung be-

sorgt werden. Ziel sei es, alle Atemschutzträger damit auszustatten. „Diese Kleidung ist vom Tragekomfort besser als die alte“, teilte Peter Hess mit.

Die Wartung der bisherigen Flammenschutzkleidung sei ohne das Aufschneiden der Nähte und wieder Zunähen quasi unmöglich gewesen. Eine Prozedur, die fast so viel koste wie die Neubeschaffung. Hess gab zu bedenken, dass die neuen Jacken sehr teuer sei-

en. Sie könnten aber per Wartungsöffnungen stets kontrolliert werden und böten den Atemschutzträgern einen besseren Schutz im Innenangriff.

Dass die Freiwillige Feuerwehr beim Thema Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) den Politikern um einiges voraus agiert, ist alleits bekannt. Dennoch empfindet der Gemeindebrandinspektor das Ganze als schleppend. Es geht ihm zu langsam. „Obwohl,

wir konnten schon viele großartige Ideen besprechen und uns auch in einigen Punkten annähern“, sagte er.

## Neue Aufgaben erfordern Ausbildung

Der neue Bedarfs- und Entwicklungsplan der Freiwilligen Feuerwehr sollte Ende des Monats verabschiedet werden. Das wird sich sicherlich aufgrund der Corona-Krise verzögern. Die Arbeiten dafür ergaben den Wunsch nach einer Verbesserung der Ausbildung für jeden Standort.

„Das heißt auf keinen Fall, dass wir schlecht ausgebildet sind – im Gegenteil“, schränkte Peter Hess ein. Aber die Aufgaben änderten sich von Jahr zu Jahr. Es gebe immer wieder andere Techniken und andere Aufgabenstellungen, die bewältigt werden müssten. Hess betonte, dass gerade die Arbeit der Feuerwehren das Produkt eines Teams ist. Daher laute das Motto weiterhin: „Gemeinsam stark.“ **MONIKA SCHWARZ-CROMM**



Kai Süssner (links) und Peter Hess leben für die Wehr. Der Gemeindebrandinspektor und sein Vize sind ehrenamtlich für Bürger im Einsatz. FOTO: MONIKA SCHWARZ-CROMM

## Musikunterricht in Zeiten der Corona-Pandemie

**Neu-Anspach** – „Könnten Sie bitte die Kamera noch ein wenig besser ausrichten? Im Moment sehe ich nur den Kopf von Larissa... ja besser. Prima, jetzt kann ich auch noch die Hände sehen und die Haltung. Prima. Vielen Dank. Hallo Larissa, wie geht es Dir?“

Die siebenjährige Larissa erhält seit dem Corona-Shutdown an der Musikschule Hochtannus ihren Gitarrenunterricht online. Der Unterricht wird manchmal von der Mutter, aber auch manchmal vom Vater begleitet. Die Eltern helfen beim Ausrichten der Kamera, beim Umsetzen von Fingerringen, bei der Haltung des Instrumentes. Außerdem bekommen die Eltern mit, was im Unterricht so gemacht wird und wie die Umsetzung von pädagogisch geschulten Instrumentallehrern an der Musikschule Hochtannus stattfindet.

In Krisenzeiten tun sich neue Wege auf. Der Onlineunterricht an der Musikschule Hochtannus ist einer davon. Derzeit erhalten rund 800 Schüler im Hochtannus-

kreis an der Musikschule Hochtannus ihren Instrumentalunterricht. Der Unterricht, der sich im Normalfall auf 13 allgemeinbildende Schulen verteilt, wird an der Musikschule zum größten Teil noch online unterrichtet. Seit dieser Woche startet wieder, wenn auch eingeschränkt, der Präsenzunterricht. Erstmals in den eigenen Räumen der Musikschule, bis die Öffnung an den allgemeinbildenden Schulen wieder möglich gemacht wird.

Damit ist der Weg für die Anmeldung zum Instrumentalunterricht wieder frei. Larissa hat nun ihren Unterricht erhalten, sie weiß, was sie bis zum nächsten Mal üben soll. Ein letztes Strahlen in die Kamera, dann wird sich ihr Gitarrenlehrer Peter in der kommenden Woche wieder bei ihr melden. Informationen gibt es im Internet unter [www.musikschule-hochtannus.de](http://www.musikschule-hochtannus.de) oder von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 9.30 bis 13.30 Uhr und Freitags von 10 bis 13 Uhr unter (060 81) 7777. tas